

# Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2025/0518

Verantwortlich: **Dez. 2**  
Dienststelle: **Personal- und Organisationsamt**

## Verwaltungsstruktur reformieren - Kosten senken durch Zusammenlegung von Ämtern und Dezernaten Antrag: AfD

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	24.06.2025	19	Ö	Kenntnisnahme
Personalausschuss	16.07.2025	4	N	Behandlung
Gemeinderat	30.09.2025	25	Ö	Entscheidung

### Kurzfassung

Aussagen zu den aufgeworfenen Fragen wären nur nach entsprechenden tiefergehenden Prüfungen möglich. Grundsätzlich sind im Rahmen von organisatorischen Änderungen auch die langfristigen Auswirkungen zu berücksichtigen. Im Bereich der Dezernate konnten bereits spürbare Verbesserungen durch eine schrittweise Digitalisierung erreicht werden. Im Einzelnen wird wie folgt Stellung genommen:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag abzulehnen

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

<b>CO<sub>2</sub>-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz</b> Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
<b>IQ-relevant</b>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
<b>Abstimmung mit städtischen Gesellschaften</b>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

## Erläuterungen

### **1. Die Zusammenlegung des Friedhofsamts mit dem Gartenbauamt – analog zur gängigen Praxis in zahlreichen anderen baden-württembergischen Kommunen.**

Es trifft grundsätzlich zu, dass es Überschneidungen zwischen den Aufgabenfeldern beider Ämter gibt, welche im Einzelfall auch Synergien ergeben könnten. Dies hat in verschiedenen Kommunen schon zur Zusammenlegung dieser Organisationseinheiten geführt, allerdings wurden hierzu andere Rechtsformen außerhalb des Kämmereihaushaltes, beispielsweise Eigenbetriebe, gewählt.

Dennoch ist anzuführen, dass die Grundausrichtung beider Ämter im Detail sehr stark differiert. Das Bestattungswesen ist originär dem besonderen Polizeirecht zuzuordnen und hat deshalb auch einen ordnungsrechtlichen Charakter. Ebenso sind hierzu auch das besondere Konstrukt des „Bestattungsinstituts“ sowie das Krematorium anzuführen.

Auch aus diesen Gründen wäre eine tiefergehende organisatorische Prüfung der organisatorischen und prozessualen Konsequenzen mit einer dezidierten Abwägung der Vor- und Nachteile einer Zusammenlegung beider Organisationseinheiten vorzunehmen, falls der Gemeinderat die Verwaltung entsprechend beauftragen würde.

### **2. Die Zusammenlegung der Dezernate 5 (Umwelt, Gesundheit, Abfallwirtschaft, Grünflächen, Friedhof) und 6 (Planen, Bauen, Immobilienmanagement, Zoo), da diese inhaltlich stark ineinandergreifen und zahlreiche organisatorische Schnittstellen aufweisen.**

Die Ausrichtung der Aufbauorganisation auf der obersten Verwaltungsebene der Dezernate ist das Ergebnis strategischer Entscheidungsprozesse, die insbesondere auf der politischen Ebene unter Federführung des Oberbürgermeisters als Leiter der Verwaltung stattfinden

Das Karlsruher Modell mit sechs Dezernaten hat sich bewährt. Im faktischen Zusammenwirken an den Schnittstellen zwischen Gemeinderat und den Dezernaten beziehungsweise zwischen den Dienststellen und den Dezernaten können so für alle Beteiligten die Produkte und Prozesse entsprechend schlank und transparent gestaltet werden. Verwaltungshandeln bleibt so für alle Akteur\*innen inner- und außerhalb der Verwaltung steuer-, gestalt- und nachvollziehbar. Diese Organisation ist auch Basis für die Arbeit der Fachausschüsse und hat sich auch diesbezüglich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt.

Das Baudezernat und das Umwelt- und Gesundheitsdezernat arbeiten – wie alle Ämter und Dezernate der Stadtverwaltung – bei dezernatsübergreifenden Themen eng zusammen.

Eine eventuelle Veränderung des Zuschnitts beziehungsweise Wegfall eines Dezernates hätte zunächst auf den ersten Blick kurzfristige Einsparungen einer höherwertigen Stelle zur Folge, allerdings dürften die anfallenden Kosten für eine Vielzahl von damit zusammenhängenden erforderlichen Transformationsmaßnahmen auf den verschiedenen Ebenen diese kurzfristigen Vorteile zumindest neutralisieren.

### **3. Die daraus resultierende Reduktion von Führungs- und Verwaltungspersonal.**

Der größte monetäre Effekt würde durch den Wegfall einer Dezernent\*innenstelle entstehen. Das korrespondierende Personal im Dezernatsbüro wäre innerhalb der Verwaltung auf freie Stellen umzusetzen. Die Entscheidung hierüber trifft - wie bereits ausgeführt- schlussendlich der Gemeinderat.

Letztendlich würden zunächst keine Fach- und oder Ressortaufgaben entfallen, so dass von einer Einsparung von Personal bei einer Zuweisung von weiteren/zusätzlichen Aufgaben innerhalb eines deutlich größeren Dezernatszuschnitts nicht auszugehen ist. Ob beziehungsweise in welchem Umfang weitere Synergien entstehen könnten, müsste im Detail geprüft werden.

#### **4. Die Optimierung und Verschlankung von Entscheidungsprozessen innerhalb der Dezernate.**

Die Optimierung und Verschlankung von Entscheidungsprozessen ist eine Daueraufgabe, unabhängig von der Anzahl der Dezernate. Durch Maßnahmen der Geschäftsprozessoptimierung konnten bereits spürbare Verbesserungen erzielt werden. Beispielhaft sind hier elektronische Workflows ohne Medienbrüche sowie die digitale Ratsarbeit zu nennen. Ziel ist es, in allen Dezernaten die digitale Bearbeitung sowie einen einheitlichen Zugriff auf Unterlagen und verkürzte Entscheidungswege durch Nutzung gemeinsamer Plattformen voranzutreiben.

#### **Erläuterungen zu finanziellen Auswirkungen**

Zunächst keine.